

# Kampf um die Köpfe

Protest gegen Bundeswehrwerbung an Schulen und Universitäten wächst. Doch die Gegenseite schläft nicht. Der Streit um Militarisierung verschärft sich. **Von Michael Schulze von Glaßer**

Während manche Gutmenschen mit dem Gefühl moralischer Überlegenheit unsere Bundeswehr diffamieren, riskieren die Soldaten im Einsatz ihr Leben für sie«, empörte sich die FDP-Bundestagsabgeordnete Miriam Gruß im Mai in der *Berliner Morgenpost* über die Vergabe des Aachener Friedenspreises. Den haben in diesem Jahr drei Schulen in Düsseldorf, Berlin und Offenbach am Main bekommen, die der Bundeswehr ein Werbe- und Hausverbot erteilt haben: »Wir zeichnen damit die Schulen aus, die als erste in den Jahren 2010 und 2011 diesen Beschluß in ihren Schulkonferenzen gefaßt haben. Wir wollen den Mut und die Courage der Schülerinnen und Schüler, der Eltern, Lehrerinnen und Lehrer mit dem Aachener Friedenspreis 2013 würdigen und gleichzeitig ein Signal gegen den Mainstream der Militarisierung in unserer Gesellschaft setzen«, heißt es in der Begründung des Vereins Aachener Friedenspreis. Die Bundeswehr drängt seit Jahren mit Jugendoffizieren und Wehrdienstberatern in die Klassenzimmer, um Nachwuchs zu rekrutieren und die jungen Leute von Militärinterventionen zu überzeugen. In der *Rheinischen Post* ätzte Kolumnist Klaus Keller gegen den Friedenspreis für die Bundeswehr-freien Schulen – »Kim Jong Un oder Ahmadinedschad werden schwer beeindruckt gewesen sein« – und gab als Tageslosung aus: »... unsere Soldaten verdienen Respekt für ihre Arbeit, selbst dann, wenn wir die politischen Entscheidungen ihrer Befehlshaber manchmal nicht teilen.«

## »Falsche Richtung«

Die Bundeswehr-Befürworter arbeiten nicht nur mit den ablehnenden Kommentaren zur Verleihung des Friedenspreises an die militärfreien Schulen, sondern auch auf der politischen Ebene. Der Bundesfachausschuß »Sicherheitspolitik« der CDU bekräftigte im März seine Unterstützung für die Einsätze von Werbern in Uniform: »Vorschläge, Jugendoffizieren den Zugang zu Schulen zu verbieten, gehen in die falsche Richtung«, heißt es in einem Beschluß. Im Dezember hatte sich Verteidigungs-



Tag der offenen Tür: In der Julius-Leber-Kaserne in Berlin gab's am 16. Juni 2012 Kriegsgerät zum Anfassen

minister Thomas de Maizière persönlich eingeschaltet, als es darum ging, eine Kooperationsvereinbarung zwischen der Bundeswehr und dem Kultusministerium von Baden-Württemberg aufzukündigen. Es sei »völlig falsch«, der Armee den Zugang zu Schulen zu verwehren. Zudem könnten ja auch Militärkritiker in die Klassen kommen.

Markus Gross vom »Netzwerk Schule ohne Bundeswehr NRW« warnte gegenüber *jW* vor dem faulen Ei. »Das hört sich zunächst zwar gut an, wenn man es aber genauer betrachtet, ist die Forderung ein schlechter Witz.« Die Armee habe finanziell und personell viel mehr Möglichkeiten als ihre Kritiker. »Wenn Friedensaktivisten neben die rhetorisch geschulten und gut vorbereiteten Jugendoffiziere an Schulen kommen, hat das immer auch einen legitimierenden Effekt für die Bundeswehr«, so Gross.

Auch an Universitäten verschärft sich der Streit ums Militär. Immer mehr Studierende setzen sich für Zivilklauseln an ihren Hochschulen ein. Mit der Aufnahme einer solchen Regelung in die Grundordnung wird militärische Forschung

und Lehre untersagt. An der Universität Kassel soll am heutigen Mittwoch eine Zivilklausel im Senat verabschiedet werden. Aber »viele Hochschulleitungen haben erkannt, daß sie sich gegen solche Klauseln argumentativ nicht durchsetzen können und fahren daher eine neue Taktik«, erklärte Dietrich Schulze von der bundesweiten »Initiative gegen Militärforschung an Hochschulen« gegenüber *jW*. So gäbe es Versuche, unter dem Namen »Zivilklausel« schwammige Formulierungen ohne die erforderliche reelle Überprüfbarkeit der Drittmittelforschung in die Grundordnungen zu bringen, womit Forschung und Lehre für militärische Zwecke nicht ausgeschlossen würden. So existierten an vielen Universitäten trotz Zivilklauseln keine Gremien, die deren Einhaltung kontrollieren. Wozu dies führen kann, war zuletzt an der Universität Bremen und an der TU Berlin zu besichtigen. Dort gab es trotz bestehender Zivilklausel militärische Forschungsprojekte. Und an der Universität Tübingen tritt Wolfgang Ischinger, Leiter der jährlichen »Münchener Sicherheitskonferenz«, trotz Zivil-

klausel als Honorarprofessor auf. »Deshalb wird die Forderung nach landesgesetzlichen verbindlichen Zivilklauseln immer lauter«, so Schulze.

## Grüner Schwenk

Die Chancen dafür stehen aber schlecht, wie etwa ein Blick nach Baden-Württemberg verdeutlicht. Dort ging es im Mai 2012 im Landtag darum, ob das Karlsruher Institut für Technologie (KIT) weiter Gelder von Rüstungsfirmen oder dem Verteidigungsministerium annehmen darf. Alle Parteien waren sich einig: Das KIT soll weiter Militärforschung betreiben dürfen – vor allem Wissenschaftsministerin Theresia Bauer (Grüne) trat dafür ein. Die heutigen Regierungsparteien Grüne und SPD hatten sich in ihrer Oppositionszeit 2009 noch für eine verpflichtende Zivilklausel am KIT ausgesprochen. Mittlerweile stehen sie stramm auf seiten von CDU und FDP. So müssen Friedensgruppen vor Ort mit Kreativität und Hartnäckigkeit der Militarisierung Einhalt gebieten.

## WAS LÄUFT? Antimilitaristische Aktionstage

### ◆ 13. Juni

**Bolanden**, 19.30 Uhr: »Die Eroberung der Schulen – Den Werbefeldzug der Bundeswehr stoppen«. Informations- und Diskussionsveranstaltung mit Markus Pflüger (AG Frieden Trier), Zum Chef'che (Im See 3)

**Bremen**, 18 Uhr: »Zivilklausel der Universität Bremen – lebendiges Leitziel oder unnötiger Ballast?« Diskussion mit Prof. Dr. Hans-Jörg Kreowski, Universität Bremen, Bibliothekstr., MZH 1090  
**Mainz**, vormittags Flugblattverteilung vor der Berufsbildenden Schule, Hartenberg; 19 Uhr: »Rüstungsforschung und Verantwortung der Wissenschaft. Grenzen und Potentiale von Zivilklauseln«, Veranstaltung an der Johannes-Gutenberg-Universität (Hörsaal N 2, Muschel, Johann-Joachim-Becher-Weg 23)  
**Trier**, 10 bis 18 Uhr, Infoaktion für militärfreie Bildung und Forschung sowie Unterschriftenkampagne »Lernen für den Frieden!«, Friedens- und Umweltzentrum (Pfüthenstr. 1)

### ◆ 14. Juni

**Augsburg**, 20 Uhr, Themenabend Zivilklausel, »Ganze Bäckerei« (Reitmayrgäßchen 4)

**Stuttgart**, 11 bis 13.30 Uhr, Mahnwache »Wir erwarten die Kündigung der Kooperationsvereinbarung« vor dem Kultusministerium (Thouretstr. 6)  
**Essen**, 17 Uhr, »Nein zum neuen Heimatschutz in NRW!« Kundgebung gegen die öffentliche Aufstellung der »Regionalen Sicherheits- und Unterstützungskräfte«, Zeche Zollverein (Gelsenkirchener Straße)

### ◆ 15. Juni

**Düsseldorf**, 13 Uhr, »Schule ohne Bundeswehr«, Mahnwache am Marktplatz  
**Karlsruhe**, 11 bis 14 Uhr, Infostand mit Unterschriftensammlung »Für militärfreie Bildung und Forschung«, Kaiserstr./Ecke Waldstraße  
**Kassel**, 12 Uhr, antimilitaristischer Spaziergang zum Bundeswehrgelände auf dem Hessentag, Treffpunkt: Friedrichsplatz  
**Mainz**, 11.30 bis 14 Uhr, Kundgebung auf dem Schillerplatz  
**Stuttgart**, 17 Uhr, Filmveranstaltung zum Gefechtsübungszentrum in der Altmark, Linkes Zentrum Lilo Hermann (Böblinger Str. 105)

◆ Weitere Termine:  
[www.antimilitaristische-aktionstage.info](http://www.antimilitaristische-aktionstage.info)

# »Werbeverbot für Armee an Schulen nötig«

»Antimilitaristische Aktionstage« an Bildungseinrichtungen geplant. Ein Gespräch mit Julian Toewe

Über 80 Organisationen und Einzelpersonen rufen zu »Antimilitaristischen Aktionstagen« vom 13. bis 15. Juni auf. Was ist genau geplant?

Es sind zahlreiche kreative Aktionen gegen Militärwerbung an Schulen und Hochschulen, aber auch gegen Militarisierung im allgemeinen geplant. Einen genauen Überblick haben wir nicht, da die Aktionstage dezentral organisiert sind und Friedens- und antimilitaristische Gruppen eigenverantwortlich planen. Wir wissen aber zum Beispiel von Diskussionsrunden, Infoständen

Julian Toewe ist bei der DFG-VK (Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner) aktiv und organisiert die »Antimilitaristischen Aktionstage« mit

und einigen geplanten praktischen Aktionen. Regionale Schwerpunkte werden voraussichtlich in Baden-Württemberg, Berlin, Hamburg, Hessen und Nordrhein-Westfalen liegen. Größeres ist beim Bundeswehrbeauftragten auf dem »Hessentag« in Kassel geplant. In Stuttgart soll es eine Mahnwache für die ersatzlose Kündigung des Kooperationsabkommens zwischen Kultusministerium und Bundeswehr geben. So vielfältig wie die Aktionen sein werden, sind auch die aufrufenden Organisationen und Gruppen: Klassische Friedensgruppen, wie der DFG-VK, Gewerkschaften machen

ebenso mit wie auch die Naturfreunde, der Bundesverband der Jusos, die Linksjugend Solid und Campus grün sowie der Studierendenverband fzs.

**Schon im September 2012 hatte es eine antimilitaristische Aktionswoche gegeben – die Zahl der Veranstaltungen hielt sich dabei aber in Grenzen. Warum sollte das nun anders sein?**

Offensichtliches Problem damals war, daß die Aktionswoche mitten in den Semesterferien lag und somit an den Hochschulen kaum Veranstaltungen laufen konnten. Das haben wir mit der jetzigen Terminwahl verbessert. Ich habe außerdem den Eindruck, daß durch die wiederholten Versuche von Verteidigungsminister Thomas de Maizière,

Zivilklauseln zu diskreditieren, der Protest gegen Militärforschung nur stärker geworden ist. Darüber hinaus hat auch die diesjährige Verleihung des Aachener Friedenspreises an drei Schulen, die sich selbst für bundeswehrfrei erklärt haben, die Problematik von Militärauftritten in Bildungseinrichtungen präsenter gemacht. Dadurch hat das Thema Antimilitarismus bei vielen linken Gruppen auch wieder einen höheren Stellenwert. Außerdem, und das ist besonders erfreulich, gibt es ein reges internationales Interesse an den von uns organisierten Aktionstagen. So wollen am 14. Juni auch Aktivisten in den USA, in Indien, Israel, Großbritannien und Chile gegen die Militarisierung von Bildungseinrichtungen auf die Straßen gehen.

## Die Bundeswehr wirbt das ganze Jahr über um Nachwuchs ...

Die drei Aktionstage dienen auch dazu, die vielfältigen Proteste, die das ganze Jahr über gegen Militarismus und Bundeswehr laufen, sichtbar zu machen. Zwar gibt es die Erfahrung, daß sich die Bundeswehr nach wiederholten Protesten bei Berufsmessen längere Zeit von solchen Veranstaltungen zurückzieht, aber strukturellen Problem ändert das aber zugeben wenig. Deshalb sind die ersatzlose Kündigung der Kooperationsabkommen zwischen Kultusministerium und Bundeswehr, ein Werbeverbot für die Armee an Schulen und die flächendeckende Einführung von Zivilklauseln unbedingt nötig.

Interview: Michael Schulze von Glaßer